

John Washington

Öffnet die Grenzen!

Argumente gegen Abschottung

aus dem amerikanischen Englisch

übersetzt von Michael Schiffmann

U N R A S T

Kapitel 7: Wie kommen wir dorthin?

»Es gibt kein Herz, das der Staat beschränken könnte; Träume fressen sich wie Säure in seine Vernunft.«

– Joseph Andras

Nehmen wir einmal an, Sie sind jetzt überzeugt. Sie erkennen, dass die verschiedenen Übel geschlossener Grenzen die materiellen Vorteile, die Grenzen der globalen Elite gewähren, überwiegen, und Sie sind nunmehr bereit, die Mauern einzureißen. Das ist schon einmal ein guter Anfang. Aber wo genau sind diese Mauern? Denn – abgesehen von der Vielzahl physischer Barrieren an den Grenzen und den Hunderttausenden von Grenzwachen rund um die Welt – was ist mit den bürokratischen Mauern, die die Menschen umschiffen müssen, um sich frei in der Welt bewegen zu können? Was ist mit den umherstreifenden Angestellten der Einwanderungspolizei, die heimlich vor Gerichten und Schulhöfen warten, Türen von Geschäften und Unternehmen eintreten oder sich im Morgengrauen vor Familienunterkünften auf die Lauer legen? Und hier noch eine wichtige Frage, deren Beantwortung helfen könnte, eine Öffnung der Tore zu bewirken: Wie würde eine Welt mit offenen Grenzen eigentlich aussehen?

Während ›offene Grenzen‹ seit Langem als rhetorischer Knüppel und als Synonym für praktisch jede Reform benutzt wird, die an der immer stärkeren Zementierung immer undurchlässigerer Grenzen auch nur ein wenig kratzen will, haben sich nicht viele die Mühe gemacht zu beschreiben, was ›offene Grenzen‹ eigentlich bedeuten. (Das entgegengesetzte Extrem – ein totaler globaler Lockdown – ist vielleicht leichter vorstellbar, wenn auch unmöglich durchzusetzen.)¹

1 Der *Secure Fence Act* von 2006 sah vor, dass die Minister*innen für Heimatsicherheit »alle Maßnahmen ergreifen, die sie für notwendig und angemessen halten, um die operative Kontrolle über die gesamten Land- und Seegrenzen der Vereinigten Staaten durchzusetzen und zu behalten«. Das Gesetz definierte »operative Kontrolle« als »die Verhinderung jeglichen gesetzwidrigen Eindringens in die Vereinigten Staaten«. Dieses Ziel ist unmöglich zu erreichen, vor allem, weil das Gesetz selbst die Kriminalität erzeugt, die es angeblich abwehren soll.

Es gibt zwei diametral entgegengesetzte Antworten auf die Frage, wie eine Welt mit offenen Grenzen aussehen würde, und sie sind beide richtig. Die erste ist, dass sie gar nicht so anders aussehen würde als die Welt von heute. Die zweite besagt, dass in ihr zwangsläufig alles ganz anders sein wird. Sehen wir uns nun diese gegensätzlichen Antworten an, um herauszufinden, wie sie beide gleichzeitig sowohl ein attraktives Versprechen sein als auch der Wahrheit nahekommen können.

Es wäre alles gar nicht so anders

Um zu verstehen, warum alles gar nicht unbedingt so anders wäre und warum offene Grenzen zwischen Nationalstaaten wie die offenen Grenzen innerhalb von Nationalstaaten (wie zum Beispiel den USA) aussehen könnten, müssen wir uns als erstes die Frage der Implementierung ansehen: *Wie* würden die Grenzen in der Praxis geöffnet werden? Denn anders als in der magischen Vorstellung vieler, irgendeine Art von königlichem Dekret würde die Welt schon wieder richten, funktionieren Reformen heute im Allgemeinen nicht auf diese Art. *Könnten* sie so funktionieren? Vielleicht. Die Doktrin der unbeschränkten Vollmacht gibt bestimmten Zweigen des staatlichen Systems in den USA in bestimmten Fragen fast absolute Entscheidungsbefugnis. Der Kongress hat die alleinige Macht zur Initiierung und Regulierung von Handel und er unterliegt auch im Hinblick auf die Verabschiedung von Einwanderungsgesetzen kaum einer gerichtlichen Überprüfung. Zugleich hat die Exekutive des staatlichen Systems weitreichende Befugnisse bei der *Umsetzung* dieser Einwanderungsgesetze.

Ich fragte Aaron Reichlin-Melnick, Politikberater am *American Immigration Council*, ob der Kongress einfach ›mit den Fingern schnippen‹ und sämtliche Einwanderungsgesetze abschaffen könnte. Seine Antwort: »Ja, das könnte er.« Wahrscheinlicher und für unseren Punkt wichtiger ist jedoch, dass er wichtige Bestimmungen abschaffen könnte, die die Migration kriminalisieren.

Aber da der Kongress sich im Lauf der letzten 30 Jahre wiederholt sogar bei ganz kleinen Reformen der Einwanderungsgesetze als äußerst unwirksam erwiesen hat, wurde die Einwanderungspolitik in den USA in jüngerer Zeit vor allem durch Präsidialverfügungen gestaltet. Viele dieser Verfügungen werden später vor Gericht angefochten und wieder aufgehoben, aber viele traten und treten zumindest teilweise in Kraft. Könnte, wer

auch immer Präsident*in ist, eine Verfügung erlassen, mit der dekretiert wird, dass die Grenze ab morgen geöffnet ist? Laut Reichlin-Melnick wahrscheinlich nicht, aber er oder sie könnte die Dimensionen der Kriminalisierung nicht-autorisierte Immigrant*innen minimieren, die tatsächliche Durchführung der Einwanderungsgesetze beträchtlich einschränken, alle Truppen von der Grenze zurückziehen und Millionen von Menschen eine zeitweilige Aufenthaltsgenehmigung erteilen.² 2021 verfügte Präsident Biden ein partielles, 100-tägiges Moratorium für Abschiebungen, das dann rasch durch eine Klage des Bundesstaates Texas blockiert wurde. Sämtliche möglichen Präsident*innen würden bei der Verfolgung des Ziels offener Grenzen (nicht, dass Biden das tatsächlich gewollt hätte) auf ähnliche Weise wie bei dieser Klage durch den *Administrative Procedure Act* von 1946 sowie die ›Take Care‹-Klausel der Verfassung gelähmt werden, die verlangt, das Staatsoberhaupt habe »Sorge zu tragen, dass die Gesetze gewissenhaft vollzogen werden«. Sowohl das Gesetz als auch die Klausel besagen im Wesentlichen dasselbe, nämlich, dass Präsident*innen die vom Kongress verabschiedeten Gesetze umzusetzen haben, selbst wenn diese wie im Fall der heutigen Einwanderungspolitik unmenschlich, migrationsfeindlich, unpopulär oder ganz einfach schrecklich sind.

Wenn also eine Präsidialverfügung uns nicht dorthin bringt, was könnte es dann tun?³ Es gäbe da immer noch die Revolution, eine Machtergreifung durch die Massen und ein Aufsperrn der Tore – und das wäre gar nicht schlecht.

Wesentlich wahrscheinlicher ist jedoch, dass wir das Ziel offener Grenzen durch legale rechtliche Schritte erreichen. Silky Shah, die Direktorin von *Detention Watch Network*, meinte mir gegenüber, »die Priorität jeder Veränderung in Richtung offene Grenzen« sollte ein Abbau der vorhandenen Infrastruktur sein. Die ersten Schritte wären ihrer Meinung nach eine Reduzierung der finanziellen Mittel für die Einwanderungsbehörden, ein Moratorium für weitere neue Grenztechnologie und -infrastruktur und die Aufkündigung der Verträge mit militärischen und privaten Agenturen zur

2 Die Verleihung eines TPS (*Temporary Protected Status*), also einer zeitweiligen Aufenthaltsgenehmigung, an Mexikaner*innen würde die Abschiebung von Millionen von Menschen blockieren, die derzeit unautorisiert in den USA leben. Eine ganze Reihe ähnlicher technischer Schritte könnte enorme Auswirkungen im realen Leben vieler Menschen haben.

3 Ich konzentriere mich hier wieder auf die Vereinigten Staaten, aber die im Folgenden gemachten Vorschläge sind auch für viele andere Länder relevant.

Grenzsicherung. Shah unterstreicht außerdem die Bedeutung eines simplen Problembewusstseins und einer verbesserten Aufklärung als wichtige Elemente für eine Entwicklung hin zu offenen Grenzen. »Wenn die Menschen sehen und verstehen würden, welch enorme Schäden die Grenzen anrichten, würden diese viel rascher geöffnet werden.« (Auch wenn, wie der Autor Adam Serwer es formuliert hat, für einige die »Grausamkeit genau der Punkt ist«.)

Was jetzt folgt, ist eine Liste möglicher erster Schritte, die nicht Kosmetik am System der geschlossenen Grenzen betreiben sollen, sondern letztlich auf dessen Abbau und Beseitigung abzielen.



Das Milliardengeschäft, bei dem Geld mit der Inhaftierung bestimmter Menschen verdient wird, weil sie bestimmte Grenzen überquert haben, ist noch relativ neu.⁴ Während der Bundesstaat Kalifornien schon 1850 ein Privatunternehmen mit dem Betrieb eines Gefängnisses beauftragte, funktionierte das Experiment nicht und zog auch keine weiteren Kreise. Es dauerte dann bis 1983, bis das erste speziell mit Gefängnissen befasste Privatunternehmen, die *Corrections Corporation of America* (CCA), gegründet wurde, die 2016 in *CoreCivic* umbenannt wurde. Ihren ersten Vertrag schloss sie mit dem *Immigration and Naturalization Service* (INS) und dieser beauftragte die CCA mit der Inhaftierung von Migrant*innen in einem umfunktionierten Motel in der Nähe von Houston.

4 Die Grenze zwischen den USA und Mexiko wird jedes Jahr von etwa 350 Millionen Menschen überschritten. 2019 wurden in den USA von sämtlichen Personen, die über die Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten in die USA kamen, nur 0,03 Prozent dafür strafrechtlich verfolgt. Wenn man hier die Grenze zwischen den USA und Kanada, die Seegrenzen und die Grenzübertritte in die USA über den Luftverkehr miteinrechnet, sinkt der Prozentsatz der kriminalisierten Grenzübertritte gegen Null: Meiner sehr groben Berechnung zufolge liegt der Prozentsatz aller Menschen, die pro Jahr in die USA kommen und dafür strafrechtlich belangt werden, bei ganzen 0,02 Prozent. Alle, die sich legal hier aufhalten, sollten sich einmal einen Moment Zeit nehmen und sich vorstellen, sie gehörten zu diesen 0,02 Prozent, denen man nicht erlaubt zu tun, was mehr als eine halbe Milliarde Menschen tun – und sie würden nicht nur daran gehindert, sondern außerdem auch verhaftet, gedemütigt und nicht selten gefoltert und eingesperrt werden, wenn sie es doch versuchten.

Ein Teil der Strategie, mit der gewinnorientierte Unternehmen, die Einwanderungsgefängnisse betreiben, dafür sorgen, dass ihre Profite immer so hoch wie möglich sind, besteht im Knausern an einer menschenwürdigen medizinischen Versorgung der Zig Tausend eingesperrten Menschen, was solche Haftzentren – die ohnehin schon überfüllt, traumatisierend, isolierend und extrem deprimierend sind – unvermeidlich in Orte verwandelt, die aus medizinischer Sicht für die Insass*innen höchst gefährlich sind. Diese profitorientierten Zentren bieten fade, verdorbene, unzureichende und gehaltlose Nahrung an und sie kultivieren eine Atmosphäre der Angst und oft auch einer Normlosigkeit, die sich im Endeffekt für die Gefangenen selbst äußerst destruktiv auswirkt.

Die Wachen, die mit der Beaufsichtigung der Häftlinge betraut sind, sind oft unterbezahlt und schlecht ausgebildet und lassen nicht selten ihre eigene Angst und Unzufriedenheit an denen aus, mit deren Knechtung sie beauftragt sind. Wenn Menschen, die in diese Höhlenlöcher gesteckt werden, für ihre Rechte eintreten oder auch nur den Versuch dazu unternehmen, können sie geschlagen, isoliert oder anderswohin transferiert werden, oder auch noch das bisschen Ablenkung, das sie haben, wie Lektüre, frische Luft, Sonnenlicht oder Kontakt mit anderen Menschen entzogen bekommen. In den letzten Jahren gab es in diesen Haftzentren eine Reihe von Hungerstreiks, tatsächlich waren es so viele, dass sie für die Medien kaum noch einen Nachrichtenwert haben, selbst wenn Dutzende von Menschen wochenlang gegen ihre brutale Behandlung protestieren. In Reaktion auf diese verzweifelte Gegenwehr greift ein überfordertes medizinisches Personal häufig auf Zwangsernährung zurück, die weithin als Folter betrachtet wird, und außerdem kommt es dazu, dass die Hungerstreikenden geschlagen werden oder ihnen mit sofortiger Abschiebung gedroht wird.⁵

Ein Asylsuchender aus Indien, Ajay Kumar, floh in die Vereinigten Staaten, um sich dort in Sicherheit zu bringen, und verbrachte dann fast ein Jahr in einem Haftzentrum, wo er auf eine Entscheidung in seinem Fall wartete. Als er aus religiösen Gründen dagegen protestierte, dass man ihm Rindfleisch zu essen geben wollte, wurde er dafür in Isolationshaft gesteckt. Nachdem man ihm die Freilassung auf Kaution verweigert hatte, trat er im Juli 2019 zusammen mit drei weiteren Asylsuchenden in einen Hunger-

5 Die *World Medical Association* betrachtet es als unethisch, wenn Ärzt*innen sich an Zwangsernährung beteiligen, und die Vereinten Nationen betrachten Zwangsernährung als eine Verletzung internationalen Rechts.

streik. Er aß einen ganzen Monat lang nichts, woraufhin Anwält*innen des US-Justizministeriums eine richterliche Anordnung erwirkten, die seine Zwangsernährung erlaubte. Als die Wachen ihm eine letzte Möglichkeit gaben, doch noch etwas zu sich zu nehmen, bevor das medizinische Personal ihm einen Schlauch in die Nase einführte, lehnte Kumar ab: »Ihr wisst doch genau, dass das Einzige, was ich will, meine Freiheit ist.«

Später berichtete er dem Magazin *The Intercept*, das Videoaufnahmen von der grausamen Prozedur erhalten hatte: »Zuerst bekam ich Angst, als ich diesen Schlauch sah – der Schlauch war fast so dick wie mein kleiner Finger, und jetzt wollten sie ihn mir in die Nase stecken.« Er war tatsächlich etwa sechs Millimeter dick.

Er erinnerte sich, wie das Personal ihm den Schlauch das Nasenloch hochschob:

»Zu diesem Zeitpunkt trat ich mental völlig weg. Ich dachte nur noch, hoffentlich würde der Schlauch wegrutschen und direkt in mein Gehirn gehen, und damit wäre endlich alles vorbei. Als er meine Kehle erreichte, fühlte es sich an, als würde er das Fleisch aufreißen. Und dann kam mir auf einmal Blut aus Mund und Nase.«

Der Schlauch hatte sich in seiner Speiseröhre verhakt und das Personal musste ihn wieder herausziehen. »Als sie ein zweites Mal damit anfangen«, sagte Kumar, »war es noch schmerzhafter als beim ersten Mal, weil meine Nase schon verletzt war und der Schlauch jetzt wieder hineingeschoben wurde und sie erneut aufriss.«

Und wieder verdrehte sich der Schlauch in seiner Speiseröhre und sie mussten ihn wieder herausziehen und es von neuem versuchen.

Während der COVID-19-Pandemie verschlechterte sich die ohnehin schon üble Situation in den Haftzentren weiter. Gemeinsam mit José Olivares berichtete ich damals über eine Whistleblowerin im *Irwin County Detention Center*, einem privat betriebenen Knast im Bundesstaat Georgia, wo sie Krankenpflegerin war. Sie beschrieb eine ganze Palette furchtbarer Bedingungen, darunter Schimmel und Ungeziefer in der Krankenabteilung, Lügen des Personals über die Verbreitung von Corona-Infektionen und das Ignorieren von Bitten um medizinische Behandlung selbst von Häftlingen mit Corona-Symptomen.

So wurde die Einrichtung zur Brutstätte für das Virus. Zugleich wurde ein Arzt glaubwürdig beschuldigt, ohne vorheriges Einverständnis

Dutzende gynäkologische Eingriffe zur Sterilisierung inhaftierter Frauen vorgenommen zu haben, darunter auch Gebärmutterentfernungen.

Alles in allem sind profitorientierte Gefängnisse ein perfekter Nährboden für Misshandlung und Machtmissbrauch. Sie unterliegen fast keiner Kontrolle und fördern die weitere Kriminalisierung von Migration durch die Einführung eines perversen Gewinnmotivs. Hinzu kommt die widerliche Drehtür zwischen Politik und dem Management privater Gefängnisse für Migrant*innen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der ehemalige Stabschef des Weißen Hauses John Kelly verließ die Politik, wo er für die Trump-Regierung gearbeitet hatte, die systematisch Kinder von Migrant*innen von ihren Familien trennte und dann in Haft hielt – um einen fabelhaft bezahlten Job bei einem Unternehmen anzutreten, das mit der Einsperrung genau dieser Kinder beschäftigt ist.

Kalifornien, Illinois und Washington haben Gesetze verabschiedet, mit denen die profitorientierte Einsperrung von Immigrant*innen beendet werden soll, und eine Reihe anderer Bundesstaaten sind dabei, dasselbe zu tun. Aber selbst wenn solche Gefängnisse vom Staat betrieben werden, werden notwendige Dienstleistungen (wie Gesundheitsversorgung oder Ernährung) oft an profitorientierte Unternehmen ausgelagert. Eine Beschneidung privater Gewinnabsichten (die in gefährlichen Einsparungen bei grundlegenden Leistungen resultieren) ist ein guter erster Schritt. Noch besser wäre die komplette Abschaffung solcher Gulags.

Während die Inhaftierung von Einwander*innen in den Vereinigten Staaten zwar eine lange Tradition hat, war die US-Regierung nicht immer so erpicht darauf, Migrant*innen einzusperren, wie heute. Noch in den 1960ern gehörte die Inhaftierung von Immigrant*innen praktisch der Vergangenheit an. Im Jahr 1970 wurden in den Vereinigten Staaten weniger als 600 Menschen wegen eines Einwanderungsvergehens angeklagt. Und selbst 1993 war diese Zahl erst auf weniger als 2.500 angestiegen. Aber 2018 gab es dann schon fast 110.000 solche Anklagen.

Heute schmachten Migrant*innen wochen-, monate- oder sogar jahrelang in den mehr als 200 Haftanstalten für Einwander*innen in den USA, von denen viele im Endeffekt Geheimgefängnisse sind. Und bevor sie dorthin gebracht werden, werden viele erst einmal in bitterkalte Verliese gestopft, die unter den Migrant*innen als *hieleras*, oder Eiskästen, bekannt sind, wo 24 Stunden am Tag gleißende Lichter brennen, es keine Betten gibt, sie kaum etwas zu essen bekommen und sie manchmal

durch die Fenster aus Sicherheitsglas wie Tiere angegafft oder verspottet werden.

Und natürlich ist all das nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt. Neben dem Horror des Offshore-Haftzentrums in Australien gibt es da noch das berüchtigte *Siglo XXI* in Südmexiko, ein Freiluftgefängnis, das an einen ausrangierte Schlachthof erinnert. In den libyschen Gefängnissen, in die Migrant*innen gesteckt werden, nachdem man sie am Betreten Italiens gehindert hat, werden sie gefoltert, vergewaltigt und manchmal gezwungen, ihre Notdurft in den Ecken ihrer Zellen zu verrichten; manche von ihnen werden zu Tode geprügelt oder in die Sklaverei verkauft. »Wir täten gut daran, nicht zu vergessen, dass die ersten Lager in Europa als Orte zur Kontrolle von Flüchtlingen gebaut wurden«, schreibt der italienische Philosoph Giorgio Agamben, »und dass die weitere Entwicklung von da aus – Internierungslager, Konzentrationslager, Vernichtungslager – eine Linie darstellt, in der sich eins aus dem anderen entwickelt.«

Die weltweite Schließung dieser Orte wäre ein großer Schritt zur Beendigung enormer Ungerechtigkeiten.

Auf diesem Weg kann man auf vielerlei Arten vorankommen. In den Vereinigten Staaten schließen Städte und Countys mit der US-Regierung Verträge über die Eröffnung und den Betrieb dieser Einrichtungen ab. Wenn sich Aktivist*innen auf der Ebene der Stadträte organisierten, um eine Aufkündigung dieser Verträge durchzusetzen, könnten viele dieser Lager geschlossen werden – wie es sowohl in Adelante in Kalifornien als auch in Williamson County in Texas geschehen ist, die beide ihre Verträge mit der Einwanderungsbehörde (ICE) zum Betrieb von Haftanstalten gekündigt haben. Während diese und andere Haftzentren in Städten und Countys, die ihre Verträge mit der ICE gekündigt haben, weiter geöffnet blieben, führen einzelstaatliche und lokale Jurisdiktionen in New York, Michigan, Illinois, Kalifornien und anderswo jetzt Beschränkungen im Hinblick darauf ein, wie und wo die ICE Menschen einsperren kann. In den letzten Jahren wurden diverse solche Einrichtungen aufgrund von Berichten über schwere Misshandlungen und öffentlichen Protesten geschlossen. Auch auf nationalstaatlicher Ebene können Fortschritte bewirkt werden, denn obwohl die Biden-Regierung das Haftsystem für Immigrant*innen in den USA weiterführt, waren zuvor im Wahlkampf noch ganz andere Töne zu hören gewesen. Von Politiker*innen zu verlangen, ihre Wahlversprechen einzuhalten, ist von entscheidender Bedeutung.